

19. IX. 1916

## Wiener Brief.

(Delegationstagung?)

—, 16. Oktober 1916.

Sie wissen, wie sehr unser gesamtes politisches Leben eingeschlafert worden ist in den letzten Jahren. Es wäre aber ein Irrtum, den Krieg allein dafür verantwortlich zu machen. Die Tschechen haben das Parlament schon dreiviertel Jahr früher lahmgelegt durch ihre Obstruktion und es war beim Tode Franz Ferdinands und beim Ausbruch des Krieges schon nicht mehr vorhanden. Niemand wagte, es einzuberufen, weil die Bürgerschaft fehlte für eine Tagung, die nicht ein Gaudium gewesen wäre für die Feinde der Monarchie. Und so mußte Oesterreich notgedrungen, um den Schein zu retten, mit Verordnungen regiert werden während des ganzen Krieges. Keine Tribüne stand der Volksvertretung zur Verfügung.

An Versuchen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten, fehlte es nicht, aber sie setzten sich nicht durch. Nicht weil in der Wiener Hofburg absolutistische Neigungen beständen, nein, weil sich niemand verbürgen konnte für eine des Reiches würdige Tagung.

Seitdem der Krieg nun in das dritte Jahr geht und jene vernegenen Elemente, die ihre Beziehungen zu unseren Feinden niemals verbargen, etwas Kleinlaut geworden sind, mehrten sich die Forderungen der Öffentlichkeit nach Belebung des politischen Apparates. Und es kam zu Beratungen der Parteien. Nachgeholfen hat auch der Antrag Andrássy im ungarischen Reichstag auf Einberufung der Delegationen. Unsere Parlamentarier machten sich manches der Argumente Andrássy's zu eigen und die Debatte kam in Fluß. Der Deutsche Nationalverband unseres Reichsrates und die Christlichsoziale Vereinigung, also die zwei stärksten Verbände sprachen sich grundsätzlich für die Wiederbelebung des Parlaments aus. Seltsamerweise erklärten sich die Deutschradikalen dagegen und auch die Tschechischradikalen. Niemals noch haben diese beiden so entgegengesetzten Parteien, diese äußersten nationalen Flügel, ein und dasselbe gewollt. Jetzt fanden sie sich in der Forderung, das Parlament auch weiter auszuscheiden von der Teilnahme und der Mitverantwortung für die Politik während des Krieges.

Die ausführlichen Begründungen dieses Standpunktes sind öffentlich nicht bekannt geworden. Wahrscheinlich haben sie die Zensur nicht passiert. Aber es genügt ja der Beschluß an sich. In ihm liegt der Sprengstoff, der eine friedliche und würdige Tagung des Reichsrates auszuschließen scheint. Die beiden extremsten Flügel wünschen nicht, sich auf der Tribüne zu begegnen.

Wer das zur Kenntnis nimmt, der wird es durchaus verstehen, daß sich bei uns eigentlich nie-